

**Niederschrift der 13. Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung am
11.09.2017 - öffentlicher Teil**

Datum: 11.09.2017

Zeit: 17:00 Uhr –19:05 Uhr

Ort: Kreisverwaltung Uckermark in Prenzlau, Karl-Marx-Straße 1, Haus 4, Raum 301

Anwesende Ausschussmitglieder:

SPD/BVB-Fraktion

Herr Burkhard Fleischmann	SPD/BVB	
Herr Herbert Heinemann	SPD/BVB	
Herr Jürgen Hoppe	SPD/BVB	
Herr Olaf Theiß	SPD/BVB	(ab 17:44 Uhr)

CDU-Fraktion

Herr Dr. Hans-Otto Gerlach	CDU	
Herr Reinhold Klaus	CDU	
Herr Josef Menke	CDU	(ab 17:07 Uhr)
Herr Siegfried Schön	CDU	

FDP-Fraktion

Herr Klaus Scheffel	FDP
---------------------	-----

Fraktion Grüne/RdUM

Frau Birgit Bader	Grüne/RdUM
-------------------	------------

Sachkundige Einwohner

Frau Heidi Hartig	DIE LINKE
-------------------	-----------

Verwaltung

Herr Dietmar Schulze	Landrat
Herr Bernd Brandenburg	1. Beigeordneter
Herr Karsten Stornowski	3. Beigeordneter
Frau Anke Dürre	Amtsleiterin Amt für Finanzen und Beteiligungsmanagement
Frau Britt Stordeur	Amtsleiterin Amt für Kreisentwicklung, Wirtschaftliche Infrastruktur, Tourismus

Schriftführer

Herr Wolfgang Gerhardt Büro des Kreistages

Gäste

Frau Anet Hoppe	Geschäftsführerin Tourismus Marketing Uckermark GmbH (tmu)
Herr Lars Boehme	Geschäftsführer Uckermärkische Verkehrsgesellschaft mbH (UVG)
Herr Marko Roscher	Uckermärkische Verkehrsgesellschaft mbH (UVG)
Frau Karola Gundlach	Bürgermeisterin der Stadt Lychen
Frau Jutta Siebert	Lychen
Frau Ulrike Harsch	Lychen
Herr Jörn Klitzing	IHK Ostbrandenburg - Geschäftsstellenleiter Eberswalde
Frau Brigitte Eikemper-Gerlach	Sachkundige Einwohnerin - Ausschuss für Finanzen und Rechnungsprüfung

Abwesende Ausschussmitglieder:**Fraktion DIE LINKE**

Herr Reiner Prodöhl	DIE LINKE	entschuldigt
Herr Günter Tattenberg	DIE LINKE	entschuldigt

Fraktion Bauern-Ländlicher Raum

Herr Achim Rensch	BLR	entschuldigt
-------------------	-----	--------------

Sachkundige Einwohner

Herr Thomas Simon	SPD/BVB	entschuldigt
Herr Wolfgang Steffini	CDU	

zu TOP 1: Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Hoppe begrüßt die Mitglieder des REA, den Landrat Herrn Schulze, den 1. Beigeordneten Herrn Brandenburg, den 3. Beigeordneten Herrn Stornowski, die weiteren Mitarbeiter der Verwaltung sowie alle Gäste und den Vertreter der Medien.

Herr Hoppe teilt mit, dass 8 Kreistagsmitglieder und eine sachkundige Einwohnerin des Ausschusses anwesend sind und der Ausschuss somit beschlussfähig ist.

zu TOP 2: Bestätigung der Tagesordnung (öffentlicher Teil)

Herr Hoppe teilt mit, dass die Tagesordnung allen Ausschussmitgliedern form- und fristgerecht zugegangen ist.

zu TOP 2.1: Anträge zur Tagesordnung

Herr Hoppe informiert, dass keine Anträge zur Tagesordnung vorliegen.

Herr Hoppe stellt fest, dass es keine Änderungen zur Tagesordnung gibt und somit nach der vorliegenden Tagesordnung verfahren wird.

Die Sitzung hat somit folgende Tagesordnung im öffentlichen Teil:

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung der Tagesordnung (öffentlicher Teil)
 - 2.1 Anträge zur Tagesordnung
3. Bestätigung der Niederschrift der 12. Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung am 15.05.2017 - öffentlicher Teil
215/2017
4. Informationen
 - 4.1 Stand der Vorbereitung bezogen auf den Breitbandausbau im Landkreis Uckermark im Rahmen des Bundesförderprogramms Breitbandausbau
5. Einwohnerfragestunde
6. Anfragen
 - 6.1 Öffentlicher Personennahverkehr
AF/774/2017
 - 6.2 Finanzierung des Öffentlichen Personennahverkehrs durch das Land Brandenburg Kreistagsbeschluss AN/738/2017 und Schreiben der Verkehrsministerin vom 18.07.2017
AF/775/2017
 - 6.3 Illegale Fällungen von Greifvogel-Horstbäumen (Nr. 3)
AF/776/2017
7. Anträge
8. Bemessung des Ausgleichs für die gemeinwirtschaftliche Verpflichtung auf Grundlage des Verkehrsvertrages für das Jahr 2018.
BV/751/2017
9. Bericht über die Gewährung von Zuwendungen nach der Richtlinie des Landkreises Uckermark zur Förderung von Investitionen in Infrastrukturmaßnahmen im Öffentlichen Personennahverkehr
BR/753/2017
10. Mittelverwendung 2016 des Tourismusverbandes Uckermark e. V.
BR/770/2017

zu TOP 3: Bestätigung der Niederschrift der 12. Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung am 15.05.2017 - öffentlicher Teil 215/2017

Herr Hoppe stellt fest, dass innerhalb der vorgesehenen Frist keine Einwände gegen die Niederschrift der 12. Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung am 15.05.2017 - öffentlicher Teil eingegangen sind und die Niederschrift damit als bestätigt gilt.

zu TOP 4: Informationen

Kreiserntedankfest

Der Landrat informiert über den Stand der Vorbereitungen des Kreiserntedankfestes am 16.09.2017 in Pinnow. Er teilt u. a. mit, dass sich 80 Wagen am Festumzug beteiligen werden und es drei Bewerberinnen zur Wahl als Ernteprinzessin 2017 des Landkreises Uckermark gibt.

zu TOP 4.1: Stand der Vorbereitung bezogen auf den Breitbandausbau im Landkreis Uckermark im Rahmen des Bundesförderprogramms Breitbandausbau

(Herr Menke kommt um 17:07 Uhr.)

Herr Stornowski berichtet über den aktuellen Stand des Breitbandausbaus im Landkreis Uckermark. Er informiert u.a. darüber, dass sich der Landkreis Ende Oktober 2016 erfolgreich dem Call zur Beantragung von Fördermitteln gestellt hat und in diesem Zusammenhang investive Mittel von insgesamt 40 Mio. € zur Verfügung stehen. Diese Mittel teilen sich wie folgt auf: 50% Bund, 40% Land und 10% Eigenanteil. Von dem bereitzustellenden Eigenanteil tragen der Landkreis und die jeweilige Kommune jeweils 50%.

Herr Stornowski teilt mit, dass mit allen 13 Amts- und Stadtverwaltungen inzwischen entsprechende Verträge zum weiteren Breitbandausbau abgestimmt wurden und alle Amtsdirektoren bzw. Bürgermeister diesen Verträgen bereits zugestimmt haben. Er merkt an, dass bis auf die Ämter Oder-Welse, Gartz (Oder) und Gerswalde bereits alle Verträge eingegangen sind. Bei den Ämtern Oder-Welse, Gartz (Oder) und Gerswalde bedarf es nur noch der Beschlüsse einiger Gemeindevertretungen.

Herr Stornowski merkt an, dass die Finanzierung steht, was Grundvoraussetzung für die Ausschreibung der Maßnahme ist. Er informiert, dass parallel hierzu seit einiger Zeit die Vorbereitung der Ausschreibung läuft. In diesem Zusammenhang stellt das Land Brandenburg dem Landkreis bis zur Vergabe der Leistung unentgeltliche fachliche und juristische Unterstützung zur Verfügung.

Im Zusammenhang mit der bevorstehenden Ausschreibung und den Forderungen aus Politik und Verwaltung zur Berücksichtigung von lokalen Leistungserbringern teilt Herr Stornowski mit, dass die Ausschreibung so erfolgen soll, dass auch lokale Leistungserbringer, wie die Stadtwerke Schwedt eine Rolle bei der Zuschlagserteilung spielen können. Er informiert über die Entscheidung des Landkreises, insgesamt 4 Lose zu bilden, wovon es ein Los für die Stadt Schwedt und drei Lose in der Größe der ehemaligen Altkreise Angermünde, Templin und Prenzlau geben soll.

Herr Stornowski teilt mit, dass der Bund die Breitbandversorgung in Gewerbegebieten und Schulen, trotz des laufenden Förderprogramms, immer noch als unzureichend einschätzt und er deshalb nach der Bundestagswahl die Auflegung eines weiteren Förderprogramms zum Breitbandausbau in Aussicht gestellt hat.

Herr Stornowski weist daraufhin, dass der Landkreis zunächst nur einen einstweiligen Zuwendungsbescheid erhalten hat. Erst wenn die Ausschreibung durch ist und Klarheit darüber besteht, wer den Zuschlag erteilt bekommt und in welchem Umfang investiert wird, wird es einen endgültigen Zuwendungsbescheid geben. Dann wird auch entschieden, ob die finanzschwachen Kommunen eine 100%ige Förderung erhalten können.

Herr Scheffel möchte wissen, ob es ein Zeitfenster für den Ablauf gibt.

Herr Stornowski teilt mit, dass es dieses Zeitfenster gibt. Er merkt an, dass der Zuwendungsbescheid auf - Bau 2017/2018 – lautet und so auch die entsprechenden Verträge gestaltet sind. Herr Stornowski macht darauf aufmerksam, dass die Zuwendungsbescheide verbindlich sind. Er schätzt ein, dass die Ausschreibung voraussichtlich mindestens ein halbes Jahr dauern wird. Anschließend werden die Anbieter, die den Zuschlag erhalten, noch einige Zeit benötigen, um ihre Genehmigungen zur Durchführung der Arbeiten einzuholen. Herr Stornowski rechnet damit, dass frühestens drittes Quartal bis Ende 2018 mit den eigentlichen Investitionen begonnen werden kann und die Hauptarbeiten voraussichtlich erst 2019 durchgeführt werden.

Herr Scheffel bittet darum, dass die von Herrn Stornowski gemachten Aussagen zum zeitlichen Ablauf, neben der Berichterstattung zum aktuellen Stand des Breitbandausbaus, in der Niederschrift der heutigen Sitzung festgehalten werden.

Herr Dr. Gerlach möchte wissen, was die Übertragungsgeschwindigkeit bestimmt und wer welche Kosten trägt.

Herr Stornowski teilt mit, dass die Übertragungsgeschwindigkeit von der Art des Kabels abhängig ist und nennt FTTC, FTTB und FTTH als mögliche Arten der Breitbandversorgung bis zum Kunden.

Der Landrat ergänzt, dass die Finanzierung klar geregelt ist. Er teilt u. a. mit, dass die Ausschreibung nur im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel erfolgen kann und erst nach Zuschlagserteilung klar ist, wer was an welcher Stelle bezahlt.

zu TOP 5: Einwohnerfragestunde

Frau Gundlach teilt mit, dass sie immer noch ein Problem mit dem Fahrplan hat und möchte dazu wissen:

„Warum wird im Vermerk der Kreisverwaltung immer wieder davon gesprochen, die Stellungnahme der Stadt Lychen sei nur touristisch in vielen Fällen?“

Sie merkt an, dass sie darauf aufmerksam gemacht hat, dass gerade die Verbindung Fürstenberg-Lychen für sie nicht nur touristisch zu sehen ist, sondern gerade der Tourismus als Hauptwirtschaftszweig für die Stadt Lychen zur Daseinsvorsorge gehört.

Frau Gundlach weist darauf hin, dass sie bereits mehrmals nach den Kosten gefragt hat, da der Landkreis sie darauf hingewiesen hat, dass sich die Stadt Lychen an den Kosten für den ÖPNV beteiligen kann. Bisher wurde ihr jedoch noch nicht mitgeteilt,

wie viel der Stadt Lychen eine zusätzliche Fahrt von Lychen nach Fürstenberg kosten würde. Frau Gundlach merkt an, dass sie bezüglich der Kostenschätzung auf die fachliche Zuarbeit seitens des Landkreises angewiesen ist.

Des Weiteren möchte Frau Gundlach wissen, ob man die Zählungen, die 2017 erfolgt sind, einsehen kann.

Herr Brandenburg weist u. a. darauf hin, dass ihm die Stadt Lychen mit Schreiben vom 29.08.2017 selbst mitgeteilt hat, dass es sich bei einem Großteil um touristischen Bedarf handelt. Den Aspekt der Daseinsvorsorge sieht Herr Brandenburg gut im Nahverkehrsplan abgebildet. Er stellt in Aussicht, dass bei einer Überarbeitung des Nahverkehrsplanes auch die Berücksichtigung touristischer Belange mit untersucht werden könnte. Zu den Kosten teilt Herr Brandenburg mit, dass der Landkreis in 2018 aus eigenen kreislichen Mitteln 0,60 €/km zahlen wird und hierzu noch die weitergereichten Landeszuweisungen kommen. Bezüglich der in 2017 erfolgten Zählungen teilt Herr Brandenburg mit, dass diese Zählungen nach entsprechender Terminvereinbarung von Frau Gundlach eingesehen werden können. Herr Brandenburg weist Frau Gundlach darauf hin, dass sie Bürgermeisterin ist und nicht erst auf die Einwohnerfragestunde warten muss, sondern einfach vorbei kommen kann.

Herr Hoppe merkt an, dass Frau Gundlach auch Einwohnerin des Landkreises Uckermark ist und sie als solche heute hier spricht, nicht jedoch als offizielle Bürgermeisterin. Er ist Auffassung, dass Frau Gundlach als Bürgermeisterin den Amtsweg zu nutzen hat.

Frau Gundlach hinterfragt, ob sie mit den genannten 0,60 €/km die als Kosten rechnen kann.

Herr Brandenburg merkt an, dass die Gesamtkosten 2,28 €/km betragen und man hiervon bestimmte Dinge abziehen kann. Er erläutert anschließend dass in diesem Zusammenhang zu beachtende Finanzierungsmodell.

Frau Siebert teilt mit, dass sie sich in Vorbereitung der Bundestagswahlen mit dem Programm der SPD vertraut gemacht hat und sie zu vier Punkten dieses Programms Bezug nehmen möchte.

Herr Hoppe weist Frau Siebert darauf hin, dass ihr heute kein Mitglied der SPD hierzu eine Antwort geben kann und sie als Einwohnerin heute hier Fragen stellen kann, die die Verwaltung oder den Ausschuss direkt betreffen und die sowohl an den Landrat oder den Vorsitzenden gerichtet werden können. Wenn Frau Siebert der SPD Fragen geben möchte, so könne sie dies nach der Sitzung tun.

Frau Siebert teilt mit, dass sie keine Fragen zum Parteiprogramm, sondern Fragen an den SPD-regierten Landkreis und den SPD-Landrat hat.

Herr Hoppe weist Frau Siebert u. a. darauf hin, dass der Landrat der Landrat aller Einwohner des Landkreises Uckermark ist.

Der Landrat bittet Frau Siebert darum, Ihre Fragen zu stellen.

Frau Siebert nimmt Bezug auf das Kurzprogramm der SPD, das u.a. beinhaltet:
Der öffentliche Personennahverkehr soll attraktiver gestaltet werden. Die Bürgerinnen und Bürger sollen mobil sein können, ob privat oder um zur Arbeit zu kommen. Menschen, die in Kleinstädten oder auf dem Land leben, brauchen einen attraktiven öffentlichen Personennahverkehr.

Sie macht auf den Leitsatz von Herrn Zierke (SPD) aufmerksam, der besagt:
„Ich möchte mich verstärkt den potentialen des ländlichen Raumes widmen und für neue Wachstumsimpulse sorgen. Der Boom der Tourismusbranche darf nicht am ländlichen Raum vorbeigehen.“

Der Landrat zeigt Verständnis für das Anliegen von Frau Siebert, weist jedoch darauf hin, dass zwischen Partei- und Ausschussarbeit unterschieden werden muss.

Der Landrat informiert darüber, dass der Parteivorsitzende der SPD am 13.09.2017 nach Angermünde kommt und auch Herr Zierke an der Veranstaltung teilnehmen wird. Er schlägt Frau Siebert vor, dort ihre Fragen zu stellen.

Der Landrat macht noch auf die Aufgaben des Landkreises hinsichtlich des ÖPNV und auf den in diesem Zusammenhang beschlossenen Nahverkehrsplan aufmerksam, der sich im Wesentlichen mit der Daseinsvorsorge befasst, nicht aber nicht die touristischen Belange beinhaltet. Er weist darauf hin, dass erst der Nahverkehrsplan überarbeitet werden muss, wenn von Seiten des Landkreises auch touristische Belange beim ÖPNV mit berücksichtigt werden sollen.

Der Landrat weist im Zusammenhang mit der Finanzierung des ÖPNV-Bus seitens des Landkreises u. a. daraufhin, dass die Kommunen die Möglichkeit haben, sich freiwillig an der Finanzierung des Busverkehrs zu beteiligen, wenn sie Bedarfe, wie im touristischen Bereich haben, die über das Fahrplanangebot des Landkreises hinausgehen. Er macht in diesem Zusammenhang auf die Städte Schwedt und Angermünde aufmerksam, die sich freiwillig an der Finanzierung des Busverkehrs beteiligen, um zusätzliche Bedarfe abzusichern.

Frau Siebert möchte vom Landrat noch wissen, ob er mit ihr darüber übereinstimmt, dass der Tourismus für Lychen Daseinsvorsorge ist.

Der Landrat merkt u. a. an, dass man Tourismusförderung auch als Wirtschaftsförderung betrachten kann. Er weist darauf hin, dass das Thema Tourismus als wichtig erkannt wurde und im Rahmen einer Überarbeitung des Nahverkehrsplanes mit zu diskutieren sein wird.

Herr Hoppe macht noch darauf aufmerksam, dass die Mittel, die der Landkreis aufwenden muss, letztendlich nur über die Kreisumlage wieder reinzuholen sind. Der geschätzte Mehrbedarf von ca. 500 T€/Jahr für die von der Stadt Lychen geforderten zusätzlichen Angebote beim ÖPNV wäre somit nur über eine Erhöhung der Kreisumlage abzusichern.

Frau Siebert nimmt noch Bezug auf die in 2016 durchgeführten Zählungen beim ÖPNV, die in den Antwortschreiben des Landkreises als so gering bezeichnet wurden, dass es keinen Sinn machen würde, die Buslinien weiter auszubauen.

Frau Siebert möchte vom Landrat wissen, inwieweit Zählungen, speziell nach Streichungen von Fahrverbindungen, zeigen, wie der Bedarf ist.

Herr Brandenburg teilt u. a. mit, dass ihm jetzt aktuelle Zahlen von 2017 vorliegen, wonach die Auslastung einschließlich des Schülerverkehrs bei ca. 30% liegt. Er spricht sich dafür aus, den Einsatz von Steuergeldern verantwortungsvoll und entsprechend des tatsächlichen Bedarfs einzusetzen.

(Herr Theiß kommt um 17:44 Uhr.)

zu TOP 6: Anfragen

zu TOP 6.1: Öffentlicher Personennahverkehr AF/774/2017

Herr Hoppe weist darauf hin, dass der Einreicher der Anfrage eine schriftliche Antwort vom 05.09.2017 erhalten hat und allen übrigen Kreistagsmitgliedern ebenfalls eine Kopie dieser Antwort zur Kenntnis gegeben wurde.

Er fragt Frau Bader, ob sie die schriftliche Beantwortung der Anfrage für ausreichend hält, was von Frau Bader bestätigt wird.

zu TOP 6.2: Finanzierung des Öffentlichen Personennahverkehrs durch das Land Brandenburg Kreistagsbeschluss AN/738/2017 und Schreiben der Verkehrsministerin vom 18.07.2017 Vorlage: AF/775/2017

Herr Hoppe macht darauf aufmerksam, dass der Einreicher der Anfrage eine schriftliche Antwort vom 08.09.2017 erhalten hat und allen übrigen Kreistagsmitgliedern ebenfalls eine Kopie dieser Antwort zur Kenntnis gegeben wurde.

Er fragt Frau Bader, ob sie die schriftliche Beantwortung der Anfrage für ausreichend hält, was von Frau Bader bestätigt wird.

Frau Bader möchte mit Bezug auf die - Richtlinie Mobilität – aber noch wissen, ob es nicht möglich wäre, für die Strecke Lychen-Fürstenberg z. B. einen Elektrobuss mit Rad-Anhänger einzusetzen.

Herr Brandenburg macht u.a. darauf aufmerksam, dass seitens der deutschen Industrie bisher noch keine adäquaten Angebote vorliegen und auch die Infrastrukturellen Voraussetzungen hierzu noch nicht gegeben sind.

zu TOP 6.3: Illegale Fällungen von Greifvogel-Horstbäumen (Nr. 3) Vorlage: AF/776/2017

Herr Hoppe teilt mit, dass der Einreicher der Anfrage eine schriftliche Antwort vom 01.09.2017. erhalten hat und allen übrigen Kreistagsmitgliedern ebenfalls eine Kopie dieser Antwort zur Kenntnis gegeben wurde.

Er fragt Frau Bader, ob sie die schriftliche Beantwortung der Anfrage für ausreichend hält, was von Frau Bader bestätigt wird.

Frau Bader möchte zur Frage 1 noch wissen, ob der Landkreis auch in Zukunft so verfahren wird, dass keine Anzeigen gestellt werden, wenn die Fälle ähnlich gelagert sind oder ob konsequent Straftaten angezeigt werden.

Herr Stornowski teilt mit, dass Straftaten angezeigt werden, wenn diese offensichtlich sind. Er begründet die Entscheidung des Landkreises im vorliegenden Fall und kündigt an, in Zukunft jedoch noch sensibler mit dem Thema umzugehen.

zu TOP 7: Anträge

Herr Hoppe teilt mit, dass keine Anträge vorliegen.

zu TOP 8: Bemessung des Ausgleichs für die gemeinwirtschaftliche Verpflichtung auf Grundlage des Verkehrsvertrages für das Jahr 2018. Vorlage: BV/751/2017

Herr Brandenburg erläutert das Zustandekommen der Beschlussvorlage, die in enger Zusammenarbeit mit der UVG und unter Berücksichtigung der Stellungnahmen und Hinweise aller 13 der Amts- und Stadtverwaltungen erarbeitet wurde.

Er weist u.a. darauf hin, dass den Wünschen der Stadt Lychen bezüglich der Busstrecke Lychen-Fürstenberg für die Sommermonate entsprochen werden konnte, wobei jedoch aus Kostengründen nicht alle zusätzlich angemeldeten Bedarfe realisiert werden können. Er kündigt an, im Rahmen der Überarbeitung des Nahverkehrsplanes die Themen Bahnhilfe, Tourismus und Stettiner Umland als zusätzliche Bedarfe noch mit zu untersuchen.

Herr Dr. Gerlach nimmt u. a. zur Elektromobilität Stellung, die er für Großstädte als sinnvoll erachtet, um etwas zu bewirken, die für ihn jedoch in einem großen Flächenkreis wie die Uckermark keine Rolle spielt.

Frau Bader weist auf die Stellungnahmen der Ämter Gramzow und Gerswalde hin, die eine Änderung der Arbeitsgrundlage gefordert haben. Sie hinterfragt die ablehnende Stellungnahme des Landkreises hierzu. Auch möchte sie die Antwort des Landkreises auf die Stellungnahme der Stadt Gartz (Oder) zu Punkt 2 a (bessere Anbindung zum RE66) erläutert haben.

Frau Bader macht noch auf einen offenen Brief von Herrn Thomas Held aus Lychen – Kürzungen im Nahverkehr – aufmerksam und möchte wissen, ob die Kreistagsmitglieder diesen auch noch zur Kenntnisnahme erhalten.

Der Landrat merkt an, dass er den Brief von Herrn Thomas Held erst heute bekommen hat und er diesen auch noch allen Kreistagsmitgliedern zur Kenntnis geben wird.

Frau Bader möchte noch wissen, ob der Weg der Arbeiter zum PCK Schwedt zur Daseinsvorsorge gehört.

Herr Brandenburg bittet zu beachten, dass das Fahrplanangebot des ÖPNV im Rahmen der Daseinsvorsorge den Schülerverkehr, den Berufsverkehr sowie Arzt-

und Behördenbesuche beinhaltet. Das Fahrplanangebot beinhaltet jedoch keine touristischen Reiseströme, da diese sonst planerisch untersetzt worden wären. Herr Brandenburg stellt jedoch in Aussicht, dass die touristischen Belange bei der Überarbeitung des Nahverkehrsplanes mit untersucht werden.

Er nimmt anschließend kurz zum Schreiben von Herrn Thomas Held Stellung und weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass mit dem Fahrplanangebot des ÖPNV nicht allen Einzelwünschen entsprochen werden kann.

Die Wünsche der Ämter Gramzow und Gerswalde, nach Änderung der Arbeitsgrundlage lehnt Herr Brandenburg ab, da die Busverbindungen nicht nur amtsbezogen, sondern darüber hinaus abzubilden und zu planen sind.

Zur Antwort des Landkreises auf die Stellungnahme der Stadt Gartz (Oder) zu Punkt 2 a (bessere Anbindung zum RE66) teilt Herr Brandenburg mit, dass den Wünschen in Absprache mit dem Amtsdirektor teilweise entsprochen werden konnte.

Auf die Frage von Frau Bader, ob der Weg der Arbeiter zum PCK Schwedt zur Daseinsvorsorge gehört, weist der Landrat darauf hin, dass es sich hierbei um Berufsverkehr im Rahmen der Daseinsvorsorge handelt, der im Nahverkehrsplan definiert ist.

Herr Theiß nimmt Bezug auf die Bauarbeiten der Bahn in Berlin, die sich auch auf die Taktung verschiedener Bahnverbindungen auswirken. Er fragt, ob bekannt ist, wie lange diese Arbeiten der Bahn noch andauern.

Herr Brandenburg weist u. a. darauf hin, dass es sich bei den Arbeiten um komplizierte Brückenbauarbeiten handelt und ein genauer Termin für die Fertigstellung nicht abschätzbar ist.

Herr Heinemann nimmt Bezug auf das ÖPNV-Gesetz, das u. a. die Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen vorsieht. Er bemängelt in diesem Zusammenhang die fehlende Busanbindung in seiner Gemeinde an Wochenenden und außerhalb der Zeiten des Schülerverkehrs für die Schüler, die an Arbeitsgemeinschaften teilnehmen wollen.

Herr Brandenburg merkt hierzu an, dass derzeit Untersuchungen laufen, um hier weitere Bus-Angebote zu ermöglichen.

Der Ausschuss für Regionalentwicklung stimmt der Beschlussvorlage zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Kreistag beschließt einen Ausgleich für die Beförderungsangebote in Höhe von 6.552.240 Nutzwagenkilometer gemäß den Vorgaben des Verkehrsvertrages in Höhe von 9.697.315,20 € für das Jahr 2018.“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zu TOP 9: Bericht über die Gewährung von Zuwendungen nach der Richtlinie des Landkreises Uckermark zur Förderung von Investitionen in Infrastrukturmaßnahmen im Öffentlichen Personennahverkehr
Vorlage: BR/753/2017

Herr Brandenburg teilt mit, dass ihm bereits die Projekte für 2018 vorliegen und dem Landkreis noch zusätzliche Mittel in Höhe von 60 T€ für die Barrierefreiheit zur Verfügung gestellt werden sollen. Er kündigt an, diese Mittel auch in diese Richtlinie mit hineinzupacken.

„Der Ausschuss für Regionalentwicklung des Landkreises Uckermark nimmt den Bericht über die Gewährung von Zuwendungen nach der Richtlinie des Landkreises Uckermark zur Förderung von Investitionen in Infrastrukturmaßnahmen im Öffentlichen Personennahverkehr zur Kenntnis.“

zu TOP 10: Mittelverwendung 2016 des Tourismusverbandes Uckermark e. V.
Vorlage: BR/770/2017

Der Landrat macht u. a. darauf aufmerksam, dass die Berichterstattung in dieser Form heute zum letzten Mal stattfinden wird. Zukünftig wird die Berichterstattung der jetzt kreiseigenen Gesellschaft tmu in der Sitzung des Kreisausschusses erfolgen.

Frau Anet Hoppe informiert darüber, dass sich die tmu in sehr engen Gesprächen mit dem Landkreis, insbesondere mit dem Beteiligungsmanagement, hinsichtlich der zukünftigen touristischen Ausrichtung, der Forderungen, Wünsche und Anregungen der tmu, befindet.

„Der Ausschuss nimmt den Bericht des Vorsitzenden des Tourismusverbandes Uckermark e. V. zur Mittelverwendung 2016 zur Kenntnis.“

zur Kenntnis genommen:

gez. Jürgen Hoppe
Ausschussvorsitzender

gez. Dietmar Schulze
Landrat

gez. Wolfgang Gerhardt
Schriftführer